

## Bern

# Knecht und der Wodka-Junge: «Schweigen macht hellhörig»

Fachleute über die Aussitz-Taktik des Wohlener Gemeindepräsidenten.

## Simon Jäggi

Der Berner Politikberater Mark Balsiger ist stets auf der Suche nach Lehrfällen für seine Kommunikationstrainings. Daher verfolgt er die Affäre um den Wohlener Gemeindepräsidenten Eduard Knecht (FDP) ganz genau - um sie künftig als Beispiel zu verwenden, wie man es nicht machen sollte. «Aufgrund der Medienberichte der letzten Tage hätte Eduard Knecht gestern klar sagen müssen, was effektiv passiert ist - in so einer Situation braucht es einen Befreiungsschlag», sagt Balsiger. Dieser sei Knecht nicht gelungen - im Gegenteil. Die gemeinsame Pressemitteilung des Gemeinderats werfe lediglich weitere Fragen auf. Etwa die, ob Sozialvorsteher und Gemeinderat Bänz Müller (SP plus) nun ein Maulkorb verpasst worden ist.

Zur Erinnerung: Der Wohlener Gemeinderat verschickte gestern nach einer Sitzung eine Pressemitteilung. Gemäss dieser beharrt Gemeindepräsident Knecht weiter auf seiner Version, vom Vorfall mit dem 10-Jährigen mit der Wodka-Flasche von der Polizei gehört zu haben. Die Kantonspolizei weiss aber nichts von dieser Geschichte - und auch die Wohlener Sozialbehörde und ihr Vorsteher Bänz Müller nicht, wie diese Zeitung bekannt machte. Gegenüber den Medien wollte Knecht gestern keine Stellungnahme abgeben - und auch der Gemeinderat (oder dessen Mehrheit) hat sich einen Maulkorb verpasst.

Roland Binz war jahrelang SBB-Pressesprecher und gilt als Spezialist für Krisenkommunikation. Auch er hält Knechts Aussitz-Taktik für ungeschickt:

«Das ist eine Strategie, die oft versucht wird - sie zahlt sich aber längerfristig nicht aus. Es bleibt die Gefahr, dass die Geschichte wieder hochgekocht wird.» Kollege Balsiger bläst ins selbe Horn: «In neun von zehn Fällen ist Mauern erfolglos. Die Geschichte mottet weiter - in den Medien und bei politischen Akteuren.» Bereits am 19. März findet in Wohlener eine Gemeindeversammlung statt. Dabei geht es zwar noch nicht ums Polizeireglement - «aber es gibt ja immer das Traktandum Varia, da wird das Thema sicher aufgegriffen», glaubt Balsiger.

## Kein Stich gegen die Polizei

Roland Binz weist ebenfalls darauf hin, dass sich die Wohlener Bevölkerung bestimmt im Ungewissen gelassen fühle: «Die Problematik ist, dass Knecht die Geschichte selber angerissen hat, die vielen offenen Fragen nun aber nicht beantworten will.» In dieser Situation zu schweigen, mache erst recht hellhörig und öffne Spekulationen Tür und Tor. Besonders gravierend sei in diesem Fall, dass sich Knecht auf die Polizei berufe. Da diese aber widerspreche und der Vorfall in den Rapporten nicht auftauche, stehe Knecht mit sehr schlechten Karten da: «Die Polizei genießt hohe Glaubwürdigkeit», sagt Binz. Nun läge die Beweislast beim Wohlener Gemeindepräsidenten.

Delikat sei der Fall auch, weil es um den gravierenden Vorwurf der Lüge gehe. Vertrauen und Glaubwürdigkeit seien das grösste Kapital eines Politikers: «Und mit Schweigen gewinnt man kein

Vertrauen zurück.» Nun bestehe die Gefahr, dass Knecht als «Lügenbold» in Erinnerung bleibe. Auch Balsiger meint in Hinblick auf die Wahlen im November: Der Verdacht, eine Räubergeschichte aufgetischt zu haben, werde Knecht verfolgen. Es sei zudem nicht der erste heikle Moment, den Knecht in seiner dreijährigen Amtszeit erlebe. Gemäss Präsident Martin Lachat will die SP plus auf jeden Fall einen Kandidaten fürs Gemeindepresidium aufstellen. Pikant: In Wohlener wird herumgereicht, dass Bänz Müller Ambitionen aufs Amt hege.

Mark Balsiger.



Roland Binz.

Auch wenn Knecht die Geschichte nicht beweisen könne, habe er vielleicht wirklich davon gehört, sagt Roland Binz: «In diesem Fall müsste er offen eingestehen, dass es ein Fehler war, dieses Beispiel nur vom Hörensagen öffentlich verbreitet zu haben.» Es sei nie zu spät, in kritischen Situationen hinzustehen und Verantwortung zu zeigen, so Binz: «Aber je länger man zuwartet, desto überzeugender muss die Begründung sein.»

## Entente Bernoise: «Bern braucht einen wie Hans Stöckli»

Die wirtschaftsnahe Organisation sagt, der Gemeinderat sei schuld am schlechten Image der Stadt Bern. Alexander Tschäppät zeigt sich wenig beeindruckt.

Die Stadt Bern hat Mühe, ihre Interessen auf Kantonsebene durchzubringen. Prominentes Beispiel dafür ist der Standortentscheid des Grossen Rates zum neuen Campus für die Berner Fachhochschule (BFH). Dieser fiel, gar unter Mitwirkung von Stadtberner Grossräten, zugunsten von Burgdorf und gegen den Standort Bern. Die gemäss Selbstverständnis «politisch unabhängige», aber «wirtschaftsnahe» Organisation Entente Bernoise hat die Berner Niederlage im BFH-Standortstreit zum Ausgangspunkt einer Untersuchung genommen: «Warum ist die Stadt Bern auf kantonaler Ebene so erfolglos?», wollte die Entente wissen und betraute mit Alexander Rügsegger einen Studenten aus dem Berner Oberland mit der Untersuchung.

## Gemeinderat ist verantwortlich

Schuld an der Niederlage im BFH-Standortstreit sei vor allem der Gemeinderat, sagt Rügsegger: «Die Massnahmen der Stadt Bern kamen zu spät, waren unkoordiniert und erreichten kaum mediale Präsenz.» Dies im Gegensatz zu den Bemühungen von Burgdorf.

Die Probleme der Stadt Bern im Kanton liessen sich aber nicht auf ungenügendes Lobbying und mangelhaftes Engagement reduzieren. «Die ländlichen Gemeinden fühlen sich benachteiligt und wollen ab und zu ein Zeichen setzen», sagt der Oberländer Student - der Anti-Stadt-Reflex. Doch auch das negative Image der Stadt lässt sich gemäss

der Entente auf das Verhalten des Gemeinderates zurückführen. So würden Vertreter des Gemeinderates bisweilen arrogant auftreten und die Nachbargemeinden zu wenig in Projekte von überkommunaler Bedeutung einbeziehen. Damit vergraulen man insbesondere die Grossräte aus der Agglomeration.

Um bei künftigen Projekten erfolgreicher zu agieren, fordert die Entente eine bessere Vorbereitung der Grossratssessionen, die Institutionalisierung eines professionellen Lobbyings sowie den Aufbau «eines Sympathieträgers», der über Bern hinaus respektiert wird. «Einer wie Stöckli», veranschaulicht Rügsegger den Wunsch der Entente und meint damit Hans Stöckli (SP), ehemaliger Stadtpräsident von Biel. Stöckli habe erfolgreich über die Partei- und Gemeindegrenze hinweg Koalitionen geschmiedet. Die «wirtschaftsfeindliche Haltung» des Berner Stadtpräsidenten Alexander Tschäppät erschwere hingegen eine Zusammenarbeit.

## Tschäppät: «Kritik ist einfach»

«Wenn man die Steuereinnahmen und die Erwerbslosenquote der Stadt Biel anschaut, wage ich den Nutzen dieses Vorschlags zu bezweifeln», kontert Tschäppät. Allgemein hält er nicht so viel von der «sogenannten Studie» der Entente: «Kritik ist immer einfach, konkrete Vorschläge aber macht auch die Entente nicht.» Eine gewisse Ratlosigkeit kann Tschäppät nicht verbergen: «Das Problem ist eindeutig - aber die Lösung?» Die Stadt werde sicher versuchen, die Zusammenarbeit mit Thun und Biel sowie mit den Nachbargemeinden auszubauen. Zudem erhofft sich Tschäppät Impulse von der Regionalkonferenz. Skepsis bleibt, denn, so Tschäppät: «Auch dort ist die Stadt in der Minderheit.» (chl)

Anzeige



Alle News auf einen Klick:  
**derbund.ch**



Für Leser.